

Veränderungen am Haushaltsplan durch die Fachausschussberatungen (einschl. HFB)

Anlage zu TOP 7

Teilplan	Maßnahme	Ergebnisplan		Finanzplan		Hinweis
		Erträge	Aufwendungen	Einzahlungen	Auszahlungen	
Planjahr 2007						
Laufende Verwaltungstätigkeit						
1.01.14	Energieversorgungskonzept		-8.900 €		-8.900 €	STE A
1.06.01	Förderung Familienzentren		5.000 €		5.000 €	Jugend-A
1.06.01	Sprachförderkurse		6.000 €		6.000 €	Jugend-A
	Unterbringung in					
1.06.03	Erziehungsstellen		150.000 €		150.000 €	Jugend-A
	Modernisierung Feierraum					Kultur-A.; Deckung durch Entnahme
1.08.01	Forum Wahlscheid				25.000 €	aus Rückstellung
1.16.01	Einkommensteuer	50.000 €		50.000 €		HFB
1.16.01	Schlüsselzuweisung	260.000 €		260.000 €		HFB
1.16.01	Gewerbesteuerumlage		-17.000 €		-17.000 €	HFB
1.16.01	Kreisumlage		95.000 €		95.000 €	HFB
	Summen	310.000 €	230.100 €	310.000 €	255.100 €	
	Saldo	79.900 €		54.900 €		
Investitionstätigkeit						
1.03.01	Grundschulen, Baukosten				135.000 €	Schul-A.
	OGATA Donrath					
1.03.01	Grundschulen, Baukosten				123.000 €	Schul-A.
	OGATA Wahlscheid					
1.16.01	Investitionspauschale		-90.000 €			HFB
Gesamtfinanz-						
plan Zeile 33	Aufnahme von Darlehen			348.000 €		neuer Kreditbetrag = 1.463.830 €
		0 €		258.000 €		

ZuTOP 7:

Teilplan	Maßnahme	Ergebnisplan		Finanzplan		Hinweis
		Erträge	Aufwendungen	Einzahlungen	Auszahlungen	
Planjahr 2008						
Laufende Verwaltungstätigkeit						
1.16.01	Einkommensteuer	-310.000 €		-310.000 €		HFB
1.16.01	Schlüsselzuweisung	150.000 €		150.000 €		HFB
1.16.01	Gewerbesteuerumlage		-20.000 €		-20.000 €	HFB
1.16.01	Kreisumlage		170.000 €		170.000 €	HFB
	Summen	-160.000 €	150.000 €	-160.000 €	150.000 €	
	Saldo	-310.000 €		-310.000 €		
Investitionstätigkeit						
1.01.06	Dienstfahrzeuge					2 ältere Dienstfahrzeuge (Baujahr 1991 und 1994) sollen ausgetauscht werden. (Erhöhung von 25.000 € auf 1.000 € 26.000 €)
Gesamtfinanzplan Zeile 33	Aufnahme von Darlehen			1.000 €		neuer Kreditbetrag = 2.080.900 €
				1.000 €	1.000 €	

Teilplan	Maßnahme	Ergebnisplan		Finanzplan		Hinweis
		Erträge	Aufwendungen	Einzahlungen	Auszahlungen	
Planjahr 2009						
Laufende Verwaltungstätigkeit						
1.03.01	Grundschulen	60.000 €				Verwaltung; Ertrag aus
1.16.01	Einkommensteuer	20.000 €		20.000 €		Schulpauschale = 30.000 €;
1.16.01	Schlüsselzuweisung	-45.000 €		-45.000 €		versehentlich kein Minuszeichen
1.16.01	Gewerbesteuerumlage		-20.000 €		-20.000 €	eingegeben.
1.16.01	Kreisumlage		-30.000 €		-30.000 €	HFB
	Summen	35.000 €	-50.000 €	-25.000 €	-50.000 €	HFB
	Saldo	85.000 €		25.000 €		HFB
Investitionstätigkeit						
1.01.06	Dienstfahrzeuge				8.000 €	1 älteres Dienstfahrzeug (Kombi, Baujahr 1994) soll ausgetauscht werden. (Ansatz vermindert von 25.000 € auf 17.000 €)
Gesamtfinanz-				-8.000 €		neuer Kreditbeitrag = 948.950 €
plan Zeile 33 Aufnahme von Darlehen				-8.000 €	-8.000 €	

ZuTOP 7:

Teilplan	Maßnahme	Ergebnisplan		Finanzplan		Hinweis
		Erträge	Aufwendungen	Einzahlungen	Auszahlungen	
Planjahr 2010						
Laufende Verwaltungstätigkeit						
1.16.01	Einkommensteuer	-110.000 €		-110.000 €		HFB
1.16.01	Schlüsselzuweisung	-490.000 €		-490.000 €		HFB
1.16.01	Gewerbesteuerumlage		-15.000 €		-15.000 €	HFB
1.16.01	Kreisumlage		-220.000 €		-220.000 €	HFB
	Summen	-600.000 €	-235.000 €	-600.000 €	-235.000 €	
	Saldo	-365.000 €		-365.000 €		
Investitionstätigkeit						
1.01.06	Dienstfahrzeuge			-	8.000 €	1 älteres Dienstfahrzeug (Kombi, Baujahr 1998) soll ausgetauscht werden. (Ansatz vermindert von 25.000 € auf 17.000 €)
Gesamtfinananzplan Zeile 33	Aufnahme von Darlehen			-8.000 €		neuer Kreditbetrag = 974.950 €
				-8.000 €	-8.000 €	

1. Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses

Sitzungstermin

07.11.2006

5. Haushaltsplan 2007 Teilpläne
(93) Ds-Nr:RAT/4/01008

Der Bauausschuss fasst folgenden Beschluss:

Der Bauausschuss empfiehlt dem Rat die Teilpläne, d.h. die Produktgruppenbeschreibungen mit den Zielen und Kennzahlen sowie die Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne zu beschließen.

Betroffen sind folgende Produktgruppen:

- 1.01.18 Bauhof
- 1.11.02 Abfallwirtschaft
- 1.11.03 Entwässerung und Abwasserbeseitigung
- 1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen
- 1.12.02 Verkehrsanlagen
- 1.12.05 Straßenreinigung
- 1.12.01 Öffentliches Grün
- 1.13.03 Wasser und Wasserbau
- 1.13.06 Friedhöfe

Abstimmungsergebnis: 13 dafür.

2. Zur Ratssitzung

In Vertretung
Hildebrand

Sitzungstermin

1. Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des
Schulausschusses

09.11.2006

6. Haushaltsplan 2007, Teilpläne
Dr.-Nr.: RAT/4/01005

Der Schulausschuss empfiehlt dem Rat, die Teilpläne, d. h. die Produktgruppenbeschreibungen mit den Zielen und Kennzahlen, sowie die Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne einschließlich der Änderungsvorschlagsliste Teilfinanzplan, zu beschließen.

Betroffen sind folgende Produktgruppen

- 1.03.01 Grundschulen
- 1.03.02 Hauptschule
- 1.03.03 Realschule
- 1.03.04 Gymnasium
- 1.03.05 Schülerfahrtkosten
- 1.03.06 Fördermaßnahmen für Schüler
- 1.03.07 Zentrale Leistungen für Schulen

sowie das Produkt

- 1.04.04.01 Verwaltung und Bewirtschaftung der Volkshochschule.

Abstimmungsergebnis: 14 dafür.

2. Zur Ratssitzung

In Vertretung
Hanraths

Änderungsvorschlagsliste Teilfinanzplan

Ifd. Nr.	Produkt-Nr./ Kostenstel- len-Nr.	Sachkonto-Nr. (aus Liste)	Einzahlung	Auszahlung	Antragsteller	Begründung und ggf. De- ckungsvorschlag
1.	1.03.01	Grundschulen, Baukosten Donrath OGATA	0	135.000 €	Verwaltung	Es handelt sich um Finanzmittel, die im Rahmen des Haushaltes 2006 als Verpflichtungs- bzw. Ausgabeermächtigung für das Jahr 2007 vorgesehen waren. Die Mittel sind bei der Neubildung der Haus- haltsansätze für das Jahr 2007 versehentlich nicht neu veran- schlagt worden. Die Aufträge für die Schulbauten sind jedoch auf- grund der finanziellen Dotierung im Haushalt 2006 für das Haushalts- jahr 2007 erteilt worden.
2.	1.03.01	Grundschulen, Baukosten Wahlscheid OGATA	0	123.000 €	Verwaltung	
Verbesserung / Verschlechterung						
Gesamtveränderung Haushalt			- 0	+ 258.000 €		
			258.000 €			

Sitzungstermin

1. Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Kultur, Sport, Familie, Soziales, Ausländer und Partnerschaften

13.11.2006

3. Haushaltsplan 2007, Teilpläne
Dr.-Nr.: RAT/4/01003

Zu diesem Tagesordnungspunkt händigt die Verwaltung ihre Änderungsvorschlagsliste an die Ausschussmitglieder aus. Diese beinhaltet bei der Produktnummer 1.08.01 – Bereitstellung und Betrieb von Sportanlagen – eine Rückstellung und eine Auflösung in Höhe von jeweils 25.000 €, die zur Instandsetzung und Modernisierung des Feierraumes im Forum Wahlscheid als "unterlassener Instandhaltungsaufwand" im Jahr 2007 verwendet werden sollen.

Der Ausschuss für Kultur, Sport, Familie, Soziales, Ausländer und Partnerschaften empfiehlt unter Berücksichtigung dieser Änderung dem Rat, die Teilpläne, d. h. die Produktgruppenbeschreibungen mit den Zielen und Kennzahlen sowie die Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne, zu beschließen. Er beschließt ferner die Verwaltung zu beauftragen, zur Produktgruppe 1.05.03 regelmäßig die Zahlen zu den einzelnen Produkten vorzulegen.

Betroffen sind die Produktgruppen

- 1.01.15 Städtepartnerschaften
- 1.04.01 Kommunale Veranstaltungen
- 1.04.02 Kulturförderung
- 1.04.05 Musik- und Kunstschule
- 1.04.06 Bücherei
- 1.04.09 Theater und Konzerte
- 1.05.01 Unterstützung von Senioren
- 1.05.03 Hilfe bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen
- 1.08.01 Bereitstellung und Betrieb von Sportanlagen
- 1.08.02 Sportförderung
- 1.15.02 Tourismus

sowie die Produkte

- 1.01.13.04 Kultureinrichtungen
- 1.10.08.02 Verwaltung und Betrieb von Übergangsheimen.

Abstimmungsergebnis: 15 dafür.

2. Zur Ratssitzung

Hanraths

Änderungsvorschlagsliste Teilfinanzplan

lfd. Nr.	Produkt-Nr./ Kostenstel- len-Nr.	Sachkonto-Nr. (aus Liste)	Rückstel- lung	Auflösung Rückstellung	Antragsteller	Begründung und ggf. De- ckungsvorschlag
1.	1.08.01	Bereitstellung und Betrieb von Sport- anlagen	25.000 €	25.000 €	Verwaltung	Zur Instandsetzung und Moderni- sierung des Feierraumes im Forum Wahlscheid soll der v. g. Betrag als "unterlassener Instandhal- tungsaufwand" im Jahr 2007 zu- rückgestellt werden. Die Deckung der Rückstellung erfolgt durch die in gleicher Höhe zu etatisierende Auflösung dieser Rückstellung ebenfalls im Jahr 2007. Der darge- stellte finanztechnische Vorgang reduziert das in der Eröffnungsbil- lanz nachzuweisende Eigenkapital in dieser Höhe.
Verbesserung / Verschlechterung			25.000 €	25.000 €		
Gesamtveränderung Haushalt				0 €		

Auszug aus der Niederschrift des Stadtentwicklungsausschusses vom 14. 11. 2006

7. Entwurf des Haushaltsplanes 2007 – Teilpläne – für den Bereich des
(158) Fachausschusses
Produktbereich 1.09; Produktgruppe 1.09.01
Produktbereich 1.10, Produktgruppe 1.10.01, 1.10.03 und 1.10.04
Ds-Nr:RAT/4/01037

Das Ausschussmitglied Horst Krybus stellt den Antrag die Produktgruppe 1.09.01. „Räumliche Planung und Entwicklung“ wie folgt anzupassen:

Eingefügt wird:

Unter herausgehobene Ziele für 2007 (Seite 466 des Entwurfes) soll als Ziel Nr. 7 ergänzt werden: „Entwicklungsplanung Donrath“

Maßnahmen: Vorschlag für weiteres Verfahren der Innerortsentwicklung Donrath machen.

Kennzahl: Vorlage für den StEA bis 01.09.2007.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat die geänderten Teilpläne, d. h. die Produktgruppenbeschreibungen mit den Zielen und Kennzahlen sowie die Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne zu beschließen.

- 7.1. Entwurf des Haushaltsplanes 2007, - Teilpläne - für den Bereich des
(158.1) Fachausschusses
Produktbereich 1.01, Produktgruppe 1.01.14
Produktbereich 1.09, Produktgruppe 1.09.05
Produktbereich 1.15, Produktgruppe 1.15.01
Ds-Nr:RAT/4/01006

Der erste Beigeordnete Stefan Hanraths berichtet, dass in der Beschlussfassung der Verwaltung das Produkt **1.01.13.03** Büroflächenmanagement nicht aufgeführt wurde und bittet dieses zu ergänzen.

Nach kurzer Diskussion über den Antrag der CDU Fraktion v. 10.11.2006 zu Einsparungen im Bereich 1.01.14 „Technisches Gebäudemanagement“ (Reduzierung des Ansatzes für das Energieversorgungskonzeptes auf 15.000 €) bittet das Ausschussmitglied Horst Becker im Rahmen des Berichtswesens im Mai 2007 das Gremium über die Energetischen Einsparungen im Bereich des Technischen Gebäudemanagements zu informieren.)

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat, die Teilpläne, d. h. die Produktgruppenbeschreibungen mit den Zielen und Kennzahlen sowie die Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne – inkl. CDU-Antrag - zu beschließen.

Betroffen sind folgende Produktgruppen

1.01.14 Technisches Immobilienmanagement
1.09.05 Grundstücksneuordnung und grundstücksbezogene
Ordnungsmaßnahmen
1.15.01 Wirtschaftsförderung

sowie die Produkte

1.01.13.01 kaufmännisches Gebäudemanagement
1.01.13.02 Flächenmanagement
1.01.13.03 Büroflächenmanagement.

Produktgruppe:	1.09.01	Räumliche Planung und Entwicklung
Produktbereich:	1.09	Räumliche Planung und Entwicklung Außerdem gehört noch zum Produktbereich das Produkt 1.09.05.01 Bodenordnungsverfahren – Amt 23
Organisationseinheit:	Amt 63	Baufaufsichts- und Planungsamt
Produktgruppenverantwortlicher:		Franz-Georg Rübben
Fachausschuss:		Stadtentwicklungsausschuss

Kurzbeschreibung

Übergeordnete Planungen extern: z.B. Raumordnungsplanung (ROP), Landesentwicklungsplanung (LEP), Gebietsentwicklungsplanung (GEP) und die Mitarbeit im rak (regionaler Arbeitskreis Bonn/Rheins-Sieg/Ahrweiler).

Flächennutzungsplanung (FNP) stellt eine für das gesamte Gemeindegebiet voraussichtliche Art der Bodennutzung dar. Grundlage für Bebauungspläne.

Bebauungsplan (BP) setzt für die Grundstücke eines räumlichen Geltungsbereiches die bauliche und sonstige Nutzung zwingend fest. Außerdem ist der BP Grundlage für den Vollzug städtebaulicher Maßnahmen, wie z.B. Baulandumlegung, Grenzregelung, Baulanderschließung, städtebauliche Gebote, Enteignung, sowie für Siraßenbau und –abrechnung u.v.m. Zur Aufstellung eines BP sind in der Regel Gutachten erforderlich (Umweltbereich, Landschaftspflegerischer Begleitplan, Lärmschutz, Bodengutachten, usw.)

Städtische Einzelplanungen - z.B. städtebaulicher Rahmenplan (SRP) / vorbereitende Untersuchungen (VU) / Lärminderungsplan (LMP) - und externe Planungen (z.B. Landschaftsplanung/Auenkonzepte/Fernstraßen) tangieren i.d.R. einen größeren Bevölkerungskreis.

Besondere städtebauliche Maßnahmen, z.B. nach Städtebauförderungsgesetz

Planungs- und Gestaltungsberatung für alle Zielgruppen

Interne Dienstleistungen für andere Ämter

<p>Auftragsgrundlage</p>	<p>Das Baugesetzbuch (BauGB) und das Raumordnungsgesetz (<u>ROG</u>) bilden zusammen das Raumplanungsrecht des Bundes. Das BauGB regelt die örtlichen Erfordernisse der räumlichen Planung, das ROG zusammen mit den Landesplanungsgesetzen die übergeordneten Anforderungen. Die „direkt“ vorgesezte Planung ist in der Regel der Gebietsentwicklungsplan (GEP). Diese <u>übergeordnete Planungen</u> schaffen einen gesetzliche Rahmen für städtische Planungen.</p> <p>Der Inhalt eines <u>FNP</u> ist in § 5 BauGB dargestellt. Bei der Aufstellung eines FNP sind die Grundsätze der Bauleitplanung gemäß § 1 BauGB, die Beteiligung der Bürger und der Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 bzw. § 4 BauGB zu beachten.</p> <p>Der BP ist eine Rechtsnorm und wird als Satzung vom Rat beschlossen. Für einen Vorhaben und Erschließungsplan (VEP) gilt das gleiche und Satzungen basieren auch auf dem BauGB oder auch der LBO NW hinsichtlich gestalterischer Festsetzungen. Ein BP bzw. eine Satzung entsteht in einem förmlich vorgeschriebenen Verfahren mit Bürgerbeteiligung, weil sie nicht unerheblich in Rechte Dritter eingreift.</p> <p>Der <u>Rahmenplan</u> besitzt keine Rechtswirkung nach außen. Die weiteren Planungsinstrumente dienen der Ziel- bzw. Lösungsfindung zu einzelnen städtebaulichen Fragestellungen. <u>Stellnahmen</u> zu externen Planungen werden vom Rat/Fachausschuss als Verfahrensbeteiligte (städt. Interessenswahrnehmung) beschlossen.</p> <p>Rat und Ausschüsse, Verwaltung, Träger öffentlicher Belange Übergeordnete Planungen schaffen „Leitlinien“ für verbindliche Planungen. Der <u>Rat mit seinen Ausschüssen</u> nimmt die Interessensvertretung für die Bürger/innen wahr .</p> <p>Der <u>FNP</u> ist ein interner Willensbildungsakt der Gemeinde zur Vorbereitung weiterer Planungen und besitzt für die <u>Gemeinde</u> und die sog. Träger öffentlicher Belange (<u>Behörden</u>) eine Bindungswirkung.</p> <p>Der <u>SRP</u> ist vom Bürger weder anfechtbar, noch kann er Rechtsgrundlage für eine ablehnende Entscheidung der Bauaufsichtsbehörde sein. Er wendet sich in der Hauptsache an die <u>Verwaltung</u> und die jeweiligen <u>Fachausschüsse</u> und kann als Entscheidungshilfe dienen für weitere Feinplanungen oder Einzelfallentscheidungen.</p> <p>Einwohner/innen, Planer, Investoren BP bzw. Satzungen bilden die Rechtsgrundlage für <u>Bürger/innen, Planer, Bauwillige bzw. Vorhabenträger</u> die im</p>
<p>Zielgruppe</p>	

	<p>Geltungsbereich Grundstücke nutzen wollen.</p> <p>Die Planungs- und Gestaltungsberatung schafft oftmals die Voraussetzung konkrete Bauanträge einzureichen oder allgemeine Planungsüberlegungen auf Realisierbarkeit zu prüfen. Dessen bedienen sich Planer, Makler, Bürger/innen oder Investoren um Planungsvorgaben zu erhalten. Die Abklärung schafft Sicherheit über die nächsten Planungs- und ggf. Beteiligungsschritte.</p>
<p>Anmerkung</p>	<p>Haushaltskonsolidierung:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Planungskosten möglichst begrenzen auf die Erfüllung/Umsetzung der Entwicklungsstrategie und für die Nutzung/Entwicklung eigener Grundstücke. Bodenvorratspolitik betreiben und Planungsgewinne teilen. 2. Im städtebaulichen Vertrag mit „externen Planern/Investoren“ soll die Übernahme der Planungskosten auf alle (zulässigen) Personal- und Sachkosten ausgedehnt werden. <p>NKF:</p> <ol style="list-style-type: none"> 3. Begleitung des NKF-Umstellungsprozesses, ansonsten keine herausgehobenen Ziele <p>Entwicklungsstrategie:</p> <ol style="list-style-type: none"> 4. Stadt der Generationen – Aktiv im Grünen leben – Familienfreundlichkeit bedeutet u.a. Ausweisung und Gestaltung entspr. Baugebiete. Mittelfristige Umsetzung im Rahmen der Bodenvorratspolitik um den Prozess optimal steuern zu können → Grundstücksangebote für Familien und Sonderformen des Wohnens, Infrastrukturplanungen <p>Sonstiges:</p> <ol style="list-style-type: none"> 5. Geoinformationssystem GIS weiter ausbauen (intern/extern) 6. Ökokataster erarbeiten, Maßnahmen für ein Ökokoonto vorbereiten 7. Entwicklungskonzept Donrath

<p>Zugeordnete Maßnahmen und Kennzahlen zu den herausgehobenen Zielen für 2007</p>	<p>Haushaltskonsolidierung: Zu 1. Keine Planungskosten für „private Grundstücke“ sofern nicht ein besonderes öffentliches Interesse vorliegt. Zu 2. Aufgrund einer gerichtlichen Klärung wurde der „Katalog“ anrechenbarer Kosten erweitert.</p> <p>Entwicklungsstrategie:</p> <p><u>Maßnahmen:</u> Zu 4. Bereiche neuer Baugebiete bzw. Bauvorratsgebiete vorschlagen/abstimmen. Zukunftsperspektiven und Handlungsempfehlungen erstellen. Darstellung von Entwicklungsflächen die erworben werden sollten. Rahmenbedingungen für Kaufangebote klären.</p> <p><u>Kennzahlen:</u> Zu 4. Zunächst bis Herbst 2007 bestehende Baurechte bzw. bestehende FNP-Gebiete darstellen. Bis 2008 auch Bereiche für FNP-Erweiterungen darstellen, d. h. Anforderungsprofil aus der Sicht der Stadtentwicklung formulieren, intern mit beteiligten/betroffenen Ämtern und Dezernenten abstimmen zur Vorbereitung politischer Entscheidungen für Neuausweisungen bis Herbst 2008.</p> <p>Sonstiges:</p> <p><u>Maßnahmen:</u> Zu 6. Ökokataster ist notwendig um die Umsetzung von Ausgleichspflichten kalkulierbar zu machen. Evtl. Maßnahmen daraus umsetzen (Ökokonto entsteht erst durch realisierte und mit der ULB abgestimmte Maßnahmen) um direkt Ökopunkte „verkaufen“ oder einbringen zu können und entsprechende Planungen zeitnah umsetzen zu können.</p> <p>Zu 7. Vorschlag für weiteres Verfahren der Innerortsentwicklung Donrath machen.</p> <p><u>Kennzahlen:</u> Zu 6. Ökokataster bis Sommer 2007 – evtl. Vorschläge für Maßnahmen „Ökokonto“ benennen. Zu 7. Vorlage für den StEA bis 01.09.2007.</p>
---	---

1. Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des
Ausschuss für Kinder und Jugendliche

20.11.2006

7. Haushaltsplan 2007, Teilpläne
Dr.-Nr.: RAT/4/01004

Der Ausschussvorsitzende lässt über die Teilpläne unter Einbeziehung der folgenden Anträge abstimmen:

1.06.01 1.06.01 Förderung von Kindern in Tagesbetreuung

Die Ratsmitglieder Horst Krybus und Gabriele Krichbaum, beide CDU, beantragen:

1. 1. Wir beantragen, den Familienzentren 5.000 € zur Verfügung zu stellen.
2. 2. Im Rahmen der notwendigen Integration sollen insbesondere die Eltern von Kindern mit Migrationshintergrund gefördert werden.

Die Verwaltung erläutert, dass für zwei Einrichtungen ein Betrag in Höhe von 6.000 € zu veranschlagen wäre.

Als Vorschlag zur Deckung schlägt die Verwaltung Mittel aus dem Bereich der Stadtentwicklung vor. Ein entsprechender Beschluss wurde in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschuss vom 14.11.2006 gefasst.

Abstimmungsergebnis: 12 dafür.

1.06.02 1.06.02 Kinder- und Jugendarbeit

Abstimmungsergebnis: 12 dafür.

1.06.03 1.06.03 Hilfe für junge Menschen und ihre Familien

Der Ausschussvorsitzende lässt über diesen Teilplan unter Einbeziehung der vorliegenden Veränderungsliste abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 12 dafür.

Der Ausschuss für Kinder und Jugendliche empfiehlt dem Rat, die Teilpläne, d. h. die Produktgruppenbeschreibungen mit den Zielen und Kennzahlen sowie die Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne unter Einbeziehung der obigen Änderungen zu beschließen.

Betroffen sind folgende Produktgruppen:

- 1.06.01 Förderung von Kindern in Tagesbetreuung
- 1.06.02 Kinder- und Jugendarbeit
- 1.06.03 Hilfe für junge Menschen und ihre Familien

Abstimmungsergebnis: 12 dafür.

2. Zur Ratssitzung

In Vertretung

Änderungsvorschlagsliste Teilfinanzplan / Teilergebnisplan

lfd. Nr.	Produkt/ Konto	Bezeichnung	Mehrertrag Einzahlung	Mehraufwand Auszahlung	Antragsteller	Begründung und ggf. Deckungsvorschlag
1.	1.06.03.06 Heimerziehung und andere betreute Wohnformen / Konto 533510	Kosten für die Unterbringung in Erziehungsstellen		150.000 €	Amt 51	Es handelt sich um die finanziellen Auswirkungen für die Unterbringung von 4 Kindern in Erziehungsstellen, die zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung noch nicht absehbar war; ein Deckungsvorschlag kann nicht unterbreitet werden.
Verbesserung / Verschlechterung			-	+ 150.000		
Gesamtveränderung Haushalt						

Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und öffentliche Ordnung

Sitzungstermin

28.11.2006

8. Haushalt 2007 Teilpläne;

Ds-Nr:RAT/4/01020

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat folgende Beschlussfassung:

- Der Rat beschließt die Teilpläne, d.h. die Produktgruppenbeschreibungen mit den Zielen und Kennzahlen sowie die Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne.

Betroffen sind folgende Produktgruppen:

- 1.02.01 Allgemeine Sicherheit und Ordnung
- 1.02.02 Gewerbewesen
- 1.02.07 Verkehrsangelegenheiten
- 1.02.10 Einwohnerangelegenheiten
- 1.02.11 Personenstandswesen
- 1.02.15 Gefahrenabwehr
- 1.02.16 Gefahrenvorbeugung
- 1.02.04 ÖPNV
- 1.14.01 Umweltinformation und -koordination

Abstimmungsergebnis: 15 dafür

(Anmerkung der Verwaltung: Die Verwaltung prüft auf Anregung des Ausschussmitgliedes Schmelzer hin, ob in der Produktgruppe „Verkehrsangelegenheiten“ auf Seite 212 des Haushaltsplanentwurfes 2007 die Kennzahlen
- Anzahl der Unfälle und
- Anzahl der Unfälle mit Kindern
zu realisieren sind.)

2. Zur Ratssitzung

In Vertretung
Hildebrand

Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und öffentliche Ordnung

Sitzungstermin

28.11.2006

5. Bürgerbus

Ds-Nr:UVO/4/01048

Anl. Die Ausschussmitglieder nehmen den zu Beginn der Sitzung verteilten Antrag der Ratsmitglieder Horst Krybus und Horst Becker vom 01.11.2006 zur Kenntnis.

Der Ausschuss empfiehlt, dem Rat wie folgt zu beschließen:

- Dem Bürgerbusverein werden einmalig maximal 3.000 € als Zuschuss für die Beschaffung eines Fahrzeuges zur Verfügung gestellt.
Der Rat erteilt eine Verlustabdeckungszusage. Diese wird auf 10.000 € jährlich begrenzt.
Die Deckung erfolgt innerhalb der Produktgruppe 1.12.04 „ÖPNV“.
Weiterhin stimmt der Ausschuss der von der RSVG erbetenen Übernahme-zusage für das Fahrzeug im Falle einer Vereinsauflösung zu.

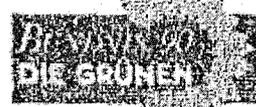
Abstimmungsergebnis: 15 dafür

Im Übrigen nimmt der Ausschuss zustimmend zur Kenntnis, dass die Verwaltung für die bestellte Leistung eines Teilstückes der Linie 554: Wickuhl – Durbusch/Dahlhaus die Aufnahme in den Nahverkehrsplan des Rhein-Sieg-Kreises beantragt.

ohne Abstimmung

2. Zur Ratssitzung

In Vertretung
Hildebrand



- Fraktionen im Rat der Stadt Lohmar

An den
Bürgermeister der Stadt Lohmar
Herrn Wolfgang Röger
Rathaus
53797 Lohmar

R. M. i. d. Lohmar
01. November 2006
cdm/bu/germa

Bürgerbus Lohmar

Sehr geehrter Herr Röger,

im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2007 stellen wir folgenden Antrag:

Dem Bürgerbusverein werden einmalig max. 3.000 Euro als Zuschuss für die Beschaffung eines Fahrzeuges zur Verfügung gestellt. Der Rat erteilt eine Verlustabdeckungszusage. Dies ist auf 10.000 Euro jährlich begrenzt. Die Deckung erfolgt innerhalb der Produktgruppe 1.12.04 „ÖPNV“.

Begründung:

Den voraussichtlichen Kosten für die Beschaffung eines Fahrzeuges in Höhe von 35.000 Euro stehen Zuschüsse von 30.000 Euro seitens des Landes gegenüber. Die Differenz hat der Bürgerbusverein vorrangig über Sponsoren zu decken. Für den Notfall stellt die Stadt max. 3.000 Euro zur Verfügung.

Voraussetzung für die Förderung seitens des Landes ist die Verlustabdeckungszusage durch die Stadt. Diese Zusage wird bis zu einer Höhe von jährlich 10.000 Euro gegeben.

Für die CDU-Fraktion Lohmar.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Lohmar.

Horst Krybus

(Horst Krybus)

(Horst Becker)